



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)

**41. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat
(Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.03.2018
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordor Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - grün+alternativ+links (GAL)	
---	--

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	
--	--

Herr Dr. Marek Lengen - SPD	
-----------------------------	--

Herr Jochen Mauritz - CDU	
---------------------------	--

Frau Heidemarie Menorca - CDU	
-------------------------------	--

Frau Ulrike Siebdrat - SPD	
----------------------------	--

Herr Frank Zahn - SPD	
-----------------------	--

Herr Oliver Dedow - BfL	
-------------------------	--

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Joachim Hess - CDU	
-------------------------	--

Frau Liane Rüter - SPD	
------------------------	--

Vertretung für: Frau Ursula Wind-Olßon

Herr Christoph Otte - SPD	
---------------------------	--

Herr Olaf Wegner - BfL	
------------------------	--

Herr Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER&DIE LINKE	
--	--

Herr Rolf Müller - FDP	
------------------------	--

Verwaltung	
Herr Senator Ludger Hinsen	FBL 3
Frau Dr. Olga Koop	FBC 3
Frau Angela Neitzke	FBC 3
Frau Wöhlk	3.322 – Melde- u. Gewerbeangelegenheiten 3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Herr Egbert Ohlow	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Frau Birgit Hartmann (ab TOP 3)	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Klaus Breitrück (bis TOP 3)	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Jochen Berndt	Leiter Fachinspektion 1 der Bezirkskriminalinspektion Lübeck
Herr Ulli Gerlach	Polizeidirektion Lübeck
Herr Sven Klempau	Stadtfeuerwehrverband

Protokollführung	
Frau Oksana Pritcin	FBD 3

Gäste	
Herr Bresch	5.610 – Stadtplanung u. Bauordnung

Sonstige Personen	
Herr Johannes Schindler - Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Heinz-Jürgen Riekhof - Forum für Migrantinnen und Migranten	nur im öffentlichen Teil
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Fries-Peter Friese - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU	entschuldigt
Stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Feststellung der Tagesordnung
3.	Polizeibeirat
3.1	Mitteilungen der Polizeidirektion
3.1.1	Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 2017
3.1.2	Fundtiere
3.1.3	Situation Krähenteich / An der Mauer
3.2	Beantwortung von Anfragen an den Polizeibeirat
3.2.1	Bauliche Maßnahmen aufgrund einer terroristischen Gefährdungslage <i>Siehe USO 20.02.2018 TOP 8.2 – Anfrage AM Herr Zahn</i>
3.3	Neue Anfragen an den Polizeibeirat
4.	Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.02.2018
5.	Mitteilungen
5.1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
5.1.1	Management und Bestandsregulierung der Stadtauben
5.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
5.2.1	Jahresbericht 2017 Jugend-Naturschutz-Hof Ringstedtenhof
5.2.2	Stellungnahme Lärmschutz MAZ
5.2.3	Abholschalter
5.3.	Beantwortung von Anfragen
5.3.1	Geschwindigkeitsüberschreitungen Straße am Schellbruch <i>Siehe USO 20.02.2018 TOP 8.3 – Anfrage AM Herr Zahn</i>
5.3.2	Tauben in der Stadt (Artikel LN 20.02.2018) <i>Siehe USO 20.02.2018 TOP 8.5 – Anfrage AM Frau Mählenhoff</i>
5.4	Überweisungen aus der Bürgerschaft
5.4.1	Parksituation im Umfeld des Lübecker Campus Überweisung aus der Bürgerschaft vom 22.02.2018 – Interfraktioneller Antrag der Fraktionen GAL und BfL VO/2018/05694

5.4.2	Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparkrecht) in den Wohngebieten am UKSH / FH und um den Hauptbahnhof Überweisung aus der Bürgerschaft vom 22.02.2018 – Interfraktioneller Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis90/DieGrünen VO/2018/05839
5.4.3	Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparkrecht) Überweisung aus der Bürgerschaft vom 22.02.2018 – Antrag der BfL-Fraktion VO/2018/05842
6. Anträge	
6.1	AM Herr Braun (GAL): Dringlichkeitsantrag – Artenvorkommen in dem Gebäude Yorckstraße 23-25 vor Abriss prüfen VO/2018/05836 <i>Siehe USO 20.02.2018 TOP 5.5 – keine Dringlichkeit erhalten</i>
6.2	AM Herr Schubert (GAL): Taubenmanagement für Lübecks Stadtauben einführen VO/2018/05892
7. Vorlagen	
7.1	123. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Schönböckener Str. 102-104 / Hagenskoppel – Satzungsbeschluss VO/2018/05827
7.2	117. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Am Ährenfeld – Satzungsbeschluss VO/2018/05845
8. Berichte und Antworten	
8.1.	Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Wakenitz und Falkenhusen“ im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck vom 13.Juli 1970 in der Fassung vom 09. März 2016 VO/2018/05796
9. Neue Anfragen und Verschiedenes	
9.1.	Anfrage AM Herr Müller – Sachstand Feuerwehrhaus FF Groß Steinrade
9.2.	Anfrage AM Frau Mählenhoff – Prüfung weiterer Hundefreilaufflächen und -strecken
9.3.	Anfrage AM Frau Mählenhoff – Kfz - Aufbereitungsbetriebe
9.4.	Anfrage AM Frau Menorca – Hundefreilaufflächen in St. Lorenz Nord
9.5.	Anfrage AM Hr. Wegner – Errichtung von Leuchttafeln in Wohngebieten zur Vermeidung von Geschwindigkeitsüberschreitungen
Verschiedenes	
9.6	AM Herr Otte – Verkauf von Streusalz
9.7	AM Frau Mählenhoff - Katastrophenschutzübung
9.8	AM Herr Zahn – Ausleihe von iPads für die Ausschusssitzungen

Nichtöffentlicher Teil:

10.	Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 20.02.2018
11.	Mitteilungen
11.1	Personalsituation Stadtteilbüros
12.	Vorlagen
13.	Berichte und Antworten
14.	Neue Anfragen und Verschiedenes
14.1	Anfrage AM Frau Mählenhoff: Verkauf von Grundstücksflächen in Niendorf-Moor- garten VO/2018/05837

Öffentlicher Teil:

15.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schubert eröffnet die 41. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Vertreter der Bereiche.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der TOP 7.1 und 7.2 mit Rücksicht auf den dazu eingeladenen Gast. Des Weiteren beantragt er die gemeinsame Beratung der TOP 5.1.1 mit 5.3.2 und 6.2, sowie die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt den Anträgen bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Mitteilungen der Polizeidirektion

zu 3.1.1 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 2017

Herr Kriminaldirektor Berndt stellt die polizeiliche Kriminalstatistik 2017 für die Polizeidirektion Lübeck vor.¹

Fragen von AM Frau Menorca, Herrn Zander, Herrn Hess und Herrn Wegner beantwortet Herr Berndt.

Weiterhin sichert Herr Berndt zu, stadtteilbezogene Statistiken und weitere Informationen zu Sexualdelikten den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen.²

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.1.2 Fundtiere

Frau Wöhlk berichtet, dass nach einer drei monatigen Probephase ein dauerhafter Vertrag mit einem Taxiunternehmen geschlossen worden sei. Monatlich würden ungefähr 10 Tiere zum Tierheim transportiert.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

¹ Anlage 1 (alle Anlagen sind im Ratsinformationssystem abrufbar)

² Anlage 2

zu 3.1.3 Situation Krähenteich / An der Mauer

Herr Berndt betont, dass die Bereiche rund um den Bahnhof /ZOB und den Krähenteich sicherer werden sollen, damit die Bürger sich dort wieder angstfrei bewegen könnten. Es sei keine Verdrängung des Klientels vorgesehen, aber durch vermehrte Kontrollen solle der Rauschgifthandel eingedämmt werden. Herr Senator Hinsen fügt hinzu, dass neben der repressiven auch präventive Maßnahmen, wie die von der Bürgerschaft beschlossene Schaffung zwei neuer Streetworkerstellen, zu einer Verbesserung der Situation führen könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Beantwortung von Anfragen an den Polizeibeirat

zu 3.2.1 Bauliche Maßnahmen aufgrund einer terroristischen Gefährdungslage Vorlage: VO/2018/05765 Siehe USO 20.02.2018 TOP 8.2 - Anfrage AM Herr Zahn

Die im Vorwege von Herrn Zahn eingereichten Fragen beantwortet Herr Hinsen wie folgt:

1. Welche Kosten sind HL 2017 aufgrund dieser erforderlichen Maßnahmen entstanden und konnten diese z.B. beim Land oder Bund geltend gemacht werden?

Antwort:

Der HL sind in 2017 keine Kosten für die Errichtung von Fahrzeugsperrern an Veranstaltungsflächen entstanden. Die Veranstalter haben im vergangenen Jahr die Maßnahmen zur Sicherung ihrer Veranstaltungsflächen gegen das unkontrollierte Einfahren von Fahrzeugen auf eigene Kosten realisiert.

2. Wurde aufgrund der Erfahrungen ein Sicherheitskonzept erstellt?

Antwort:

Art und Umfang der temporären Fahrzeugsperrern wurden im vergangenen Jahr jeweils einzelfallbezogen im Rahmen der Erlaubnisverfahren bestimmt. Hierbei wurde insbesondere den Empfehlungen der Polizei gefolgt. Für dieses Jahr ist eine ähnliche Vorgehensweise vorgesehen, wobei nun bei bestimmten Veranstaltungsflächen bereits auf die Erfahrungen aus dem Vorjahr zurückgegriffen werden kann. Ein neues Sicherheitskonzept sei in Planung und es fänden dazu bereits Beratungen statt. Die Ausschussmitglieder würden zu gegebener Zeit informiert werden.

3. Gibt es Planungen um dauerhaft bauliche Maßnahmen zu errichten (z.B. versenkbare Poller, ins Stadtbild passende feste Poller, Betonbarrieren o.ä.)?

Antwort:

Dauerhaft bauliche Maßnahmen werden geprüft. Konkrete Aussagen können aber noch nicht gemacht werden.

Antwort vom FB 5 Abteilung Verkehrsplanung:

Vor einer Entscheidung über die Lage von Pollern o.ä. wird das Ergebnis des Rahmenplans/ Mobilitätskonzept Altstadt abgewartet, das zurzeit erarbeitet wird und aus dem sich evtl. Änderungen der Verkehrsführung in der Altstadt ergeben werden.

4. Wie hoch sind die Kosten für diese Maßnahmen und gibt es einen Finanzierungsplan an dem sich auch Land und Bund beteiligen?

Antwort Herr Berndt:

Die Kostenfrage werde bundesweit diskutiert und bislang gäbe es keine klare Regelung.

Das Verwaltungsgericht in Berlin habe entschieden, dass ein Rückgriff auf die Veranstalter nicht zulässig sei. Das Urteil sei jedoch noch nicht rechtskräftig.

Herr Zahn fügt hinzu, dass möglichst frühzeitig bauliche Maßnahmen mit dem Fachbereich 5 abgesprochen und umgesetzt werden sollten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

Es liegt nichts vor.

zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.02.2018

Herr Schubert beantragt die Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil).

Der Ausschuss stellt die Niederschrift (öffentlicher Teil) bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 5 Mitteilungen

zu 5.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

zu 5.1.1 Management und Bestandsregulierung der Stadtauben

Gemeinsame Beratung mit den TOP 5.3.2 und 6.2

Herr Schubert beantragt eine Anhörung des Vereins Stadtauben Lübeck e.V.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 12 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 2 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Frau Jent hält einen kurzen Vortrag zum Thema betreute Taubenschläge und mögliche Einführung eines Taubenmanagements in Lübeck.

Fragen der AM Zander, Mählenhoff, Menorca und Zahn beantworten Frau Jent und Herr Senator Hinsen.

Im Ausschuss herrscht darüber Einigkeit, dass ein Stadttaubenmanagement auf dem Stadtgebiet zurzeit nicht notwendig sei, da an die Verwaltung kaum Beschwerden herangetragen werden und eine Finanzierung mit den aktuellen städtischen Finanzmitteln nicht möglich sei.

Herr Senator Hinsen sagt zu, beim Denkmalschutz und Stadtwald nach deren Erfahrungen zu fragen.

Eine Mitteilung dazu werde in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Zu TOP 6.2:

Herr Schubert zieht den Antrag zurück.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 5.2.1 Jahresbericht 2017 Jugend-Naturschutz-Hof Ringstedtenhof

Herr Senator Hinsen verweist auf den Jahresbericht.³

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.2 Stellungnahme Lärmschutz MAZ

Herr Senator Hinsen und Frau Hartmann teilen mit, dass bislang keine Widerspruchsbescheide vorliegen. Der Bereich Bauordnung habe noch nicht über den Bauantrag zur Errichtung eines Lärmschutzwalls mit Containern entschieden.

Herr Dr. Lengen äußert Bedenken, dass diese Lärmschutzmaßnahme konform mit dem Naturschutz sei, da diese Maßnahme erheblich in die Natur und Landschaft eingreife.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.3 Abholschalter

Frau Wöhlk berichtet, dass in den Stadtteilbüros und in der Zulassungsstelle Abholschalter eingerichtet werden sollen.

Ein Schalter werde zurzeit in der Innenstadt getestet.

Die durchschnittliche Wartezeit betrage dort 3 Minuten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

zu 5.3.1 Geschwindigkeitsüberschreitungen Straße am Schellbruch Anfrage AM Herr Zahn

Anfrage siehe USO 20.02.2018 TOP 8.3

Herr Ohlow antwortet, an sämtlichen Zufahrten befänden sich das Zeichen „Beginn einer Tempo 30-Zone“ sowie das korrespondierende Zeichen „Ende einer Tempo 30-Zone“. Ergänzend befänden sich im Straßenzug An der Hülshorst / Am Schellbruch mehrere Piktogramme auf der Fahrbahn, die diese Zone noch einmal verdeutlichen.

³ Anlage 3

Es werden in dem genannten Straßenzug häufiger Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt, weil regelmäßig eine überdurchschnittliche Überschreitungsquote festgestellt werde. Das Thema sei auch im Arbeitskreis Verkehr angesprochen worden. Weitere Maßnahmen (mehr Verkehrsschilder, Piktogramme) würden vom Fachbereich 5 geprüft.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.2 Tauben in der Stadt (Artikel LN 20.02.2018) - Anfrage AM Frau Mählenhoff

Anfrage siehe USO 20.02.2018 TOP 8.5

Antwort siehe TOP 5.1.1

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

**zu 5.4.1 Parksituation im Umfeld des Lübecker Campus
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 22. Februar 2018 -
Interfraktioneller Antrag der Fraktionen GAL und BfL Vorlage: VO/2018/05879**

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.4.1 mit VO /2018/05694 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktionen GAL und BfL einstimmig an den Bauausschuss (federführend) und Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Parksituation im Umfeld des Lübecker Campus

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Parksituation im Umfeld des Lübecker Campus - insbesondere in der Siedlung Strecknitz und in der Paul-Ehrlich-Straße - in Augenschein zu nehmen und in der Februarsitzung der Bürgerschaft zu berichten. Bei festgestellten Verstößen gegen die StVO, die die Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen gefährden oder ihre Mobilität wesentlich beeinträchtigen, ist die Ordnung herzustellen.

Der Bürgermeister wird weiterhin aufgefordert, Kontakt mit dem UKSH, der Universität und der Fachhochschule aufzunehmen und im Sinne der AnwohnerInnen und Beschäftigten auf eine Verbesserung der Parksituation im Umfeld des Campus hinzuwirken.

Der Ausschuss empfiehlt mit 9 - Ja-Stimmen, 0 - Nein-Stimmen und 5 – Stimmenthaltungen einstimmig, antragsgemäß zu beschließen.

**zu 5.4.2 Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparkrecht) in den Wohngebieten um UKSH / FH und um den Hauptbahnhof
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 22. Februar 2018 -
Interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/DieGrünen
Vorlage: VO/2018/05880**

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.4.2 mit VO /2018/05839 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen einstimmig an den Bauausschuss (federführend) und Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparkrecht) in den Wohngebieten um UKSH / FH und um den Hauptbahnhof

*Der Bürgermeister wird beauftragt, darüber zu berichten, wie in den Wohnstraßen im Umfeld von UKSH, Universität und Fachhochschule (in den Wohngebieten um die Ratzeburger Allee, dem Mönkhofer Weg, in Richtung Hochschulstadtteil und im Hochschulstadtteil) sowie im Umfeld des Hauptbahnhofs ein Anwohner*innenparkrecht oder eine anwohnerfreundliche Parkraumbewirtschaftung eingerichtet und die Einhaltung konsequent überwacht werden kann. Zudem soll berichtet werden, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die Anwohner*innen und die dortigen „Fremdparker*innen“ hätten und welche Kosten entstünden. Die Verantwortlichen des UKSH, der Universität und der Fachhochschule sind mit einzubinden.*

Die Vorlage wird kontrovers diskutiert.

Es sprechen die AM Herr Dr. Lengen, Herr Wegner, Frau Mählenhoff, Herr Dedow, Herr Mauritz, Herr Schubert, Herr Müller und Herr Zahn.

Der Ausschuss empfiehlt mit 9 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 5 - Stimmenthaltungen einstimmig, antragsgemäß zu beschließen.

zu 5.4.3 Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparkrecht) Überweisung aus der Bürgerschaft vom 22. Februar 2018 - Interfraktioneller Antrag der BfL-Fraktion Vorlage: VO/2018/05881

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.4.3 mit VO /2018/05842 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen einstimmig an den Bauausschuss (federführend) und Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparkrecht)

Der Antrag von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen wird dahingehend geändert, dass der Bericht auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt wird.

Die Vorlage wird kontrovers diskutiert.

Es sprechen die AM Herr Wegner, Frau Mählenhoff, Herr Dedow, Herr Mauritz, Herr Schubert, Herr Müller und Herr Zahn.

Der Ausschuss empfiehlt mit 9 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 5 – Stimmenthaltungen einstimmig, antragsgemäß zu beschließen.

zu 6 Anträge

zu 6.1 AM Herr Braun (GAL): Dringlichkeitsantrag – Artenvorkommen in dem Gebäude Yorckstraße 23-25 vor Abriss prüfen Siehe USO 20.02.2018 TOP 5.5 – keine Dringlichkeit erhalten Vorlage: VO/2018/05836

Herr Hinsen teilt mit, dass über den ersten Punkt des Antrags keine Beratung erfolgen könne, da das Gebäude bereits abgerissen worden sei.

Herr Schubert zieht daraufhin den ersten Punkt des Antrags zurück.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Mählenhoff stellt den Antrag, über den zweiten Punkt des Antrages abzustimmen – bei künftigen Abrissplanungen von Leerständen den Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz vor der Erteilung von Abrissgenehmigungen durch den Bereich Bauordnung mit einzubeziehen.

Herr Hinsen weist daraufhin, dass das Beteiligungsverfahren in die Organisationshoheit des Bürgermeisters falle.

Der Ausschuss lehnt den zweiten Punkt des Antrages mit 3-Jastimmen, 9-Neinstimmen und 2-Stimmenthaltungen **mehrheitlich ab.**

**zu 6.2 Am Herr Schubert (GAL): Taubenmanagement für Lübecks Stadtauben einführen
Vorlage: VO/2018/05892**

Beratung siehe TOP 5.1.1

Herr Schubert zieht den Antrag zurück.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7. Vorlagen (vorgezogen)

**zu 7.1 123. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich
Schönböckener Str. 102-104/Hagenskoppel
abschließender Beschluss
Bebauungsplan 23.26.00 – Schönböckener Str. 102-104/Hagenskoppel – Satzungsbeschluss (5.610)
Vorlage: VO/2018/05827**

1. *Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 123. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Entwurf des Bebauungsplanes 23.26.00 – Schönböckener Straße 102 – 104 / Hagenskoppel – sowie die in der nachfolgenden eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zu Änderungen der ausgelegten Bauleitplanentwürfe abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zu den Bauleitplänen von Belang sind.*

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die 123. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.

4. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 23.26.00 – Schönböckener Straße 102 – 104 / Hagenskoppel – in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 8) gebilligt.

5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 123. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5 BauGB sowie den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB sowie die Berichtigung des Flächennutzungsplans ortsüblich bekannt zu machen.

Herr Bresch teilt mit, dass Frau Ley erkrankt sei, er die Fragen der AM aber beantworten könne.

Auf die Frage von AM Herrn Dr. Lengen, ob der Fußweg westlich des Baugebietes bestehen bleibe, teilt Herr Bresch mit, dass dieser bestehen bleibe und nicht verändert werde.

Der Ausschuss empfiehlt bei 13 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 1 - Stimmenthaltung einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 7.2 117. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Am Ährenfeld – abschließender Beschluss, Bebauungsplan 07.44.00 – Am Ährenfeld – Satzungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2018/05845

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) zum Entwurf der 117. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Am Ährenfeld und zum Entwurf des Bebauungsplanes 07.44.00 – Am Ährenfeld – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zu den Bauleitplänen noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die 117. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) beschlossen.
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) gebilligt.
3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.
4. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie gemäß § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 07.44.00 – Am Ährenfeld – in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) als Satzung beschlossen.
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 8) gebilligt.
5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 117. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 6 Abs. 5 BauGB sowie den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Fragen von AM Frau Mählenhoff beantwortet Herr Bresch.

Frau Mählenhoff stellt den Antrag, den Randstreifen zum Landschaftsschutzgebiet um weitere 20 m auszudehnen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit 3 - Jastimmen, 10 - Neinstimmen und 1 – Stimmenthaltung mehrheitlich ab.

Der Ausschuss empfiehlt bei 12 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 2 - Stimmenthaltung einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 8. Berichte und Antworten

zu 8.1 Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Wakenitz und Falkenhusen" im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck vom 13. Juli 1970 in der Fassung vom 09. März 2016

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 9 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 9.1 Anfrage AM Herr Müller – Sachstand Feuerwehrhaus FF Groß Steinrade

Herr Müller bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes zum Bau eines Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr in Groß Steinrade.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 9.2 Anfrage AM Frau Mählenhoff – Prüfung weiterer Hundefreilaufflächen

und -strecken

Frau Mählenhoff bezieht sich auf die Veröffentlichung der Hundefreilaufflächen, auf der städtischen Internetseite und teilt mit, in St. Gertrud gebe es im Vergleich zum restlichen Stadtgebiet mehr Hundefreilaufmöglichkeiten
Sie fragt, ob weitere Hundefreilaufflächen bzw. Freilaufstrecken auf dem restlichen Stadtgebiet Lübeck geschaffen werden können.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 9.3 Anfrage AM Mählenhoff – Kfz- Aufbereitungsbetriebe

Frau Mählenhoff teilt mit, dass Beschwerden von Bürgern über Kfz-Aufbereitungsbetriebe zunehmen und bittet daher um Mitteilung:

1. *Wie viele Betriebe solcher Art angemeldet seien.*
2. *Welche Auflagen diese erfüllen müssen.*
3. *Ob und wie die Betriebe kontrolliert werden.*

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 9.4 Anfrage AM Frau Menorca – Hundefreilaufflächen in St. Lorenz Nord

Bezugnehmend auf die Anfrage von Frau Mählenhoff bittet Frau Menorca um Mitteilung, aus welchen Gründen es keine Hundefreilaufflächen in St. Lorenz Nord gebe und bittet um Prüfung geeigneter Flächen.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 9.5 Anfrage Am Herr Wegner – Errichtung von Leuchttafeln in Wohngebieten zur Vermeidung von Geschwindigkeitsüberschreitungen

Herr Wegner regt an, präventiv Leuchttafeln aufzustellen, die den Autofahrern ihre aktuelle Geschwindigkeit anzeigen, um den Verkehr in diesen Bereichen zu beruhigen und fragt, ob dies rechtlich zulässig sei.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 9.6 Verschiedenes: AM Herr Otte – Verkauf von Streusalz

Herr Otte teilt mit, dass Streusalz weiterhin unverändert verkauft werde, obwohl der Ausschuss letztes Jahr eine Empfehlung abgegeben habe.

Herr Senator Hinsen antwortet, dass mehrere entsprechende Pressemitteilungen vom Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz und den Entsorgungsbetrieben veröffentlicht wurden. Ein Verkaufsverbot sei weiterhin rechtlich nicht zulässig.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.7 Verschiedenes: AM Frau Mählenhoff - Katastrophenschutzübung

Frau Mählenhoff macht auf eine Katastrophenschutzübung aufmerksam. Detaillierte Informationen reiche sie für die Niederschrift nach.

Nachrichtlich zur Kenntnisnahme:

Katastrophenschutzübung

vom 17. -19.8 18 auf dem Truppenübungsplatz Putlos

THW,

Feuerwehren,

Rettungsdienste,

Bundeswehr

Weitere Informationen über kleefeldt.nico@mailbox.org oder zmz-2018@mailbox.org

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.8 Verschiedenes: AM Herr Zahn – Ausleihe von iPads für die Ausschusssitzungen

Herr Zahn fragt, ob es zutrefte, dass ein mobiles Endgerät auch zur Vorbereitung der Ausschusssitzungen ausgeliehen werden könne.

Herr Hopp antwortet, dass die Geschäftsführung drei iPads vorhalte und diese am Sitzungstag zur Vorbereitung bzw. Vorbesprechung ausgeliehen werden könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schubert stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:30 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt gegen 18:43 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien.

Herr Schubert schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Lübeck, den 22. März 2018

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Oksana Pritcin
Protokollführung